



F 4458/17

FACHTAG BETREUUNGSRECHT

**11. November 2017, 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr
Amtsgericht Braunschweig**

REFERENTINNEN/REFERENTEN

Katharina Becker-Obendorfer, Aussenstellenleiterin, Institut für transkulturelle Betreuung e. V., Braunschweig

Christine Franke, stellv. Leiterin der Beratungsstelle für rechtliche Betreuung und Vorsorgevollmacht beim Fachamt für Hilfen nach dem Betreuungsgesetz, Hamburg

Ingo Groß, Präsident des Amtsgerichts Braunschweig, Braunschweig

Dr. Andrea Hanke, Dezernentin, Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat, Braunschweig

Margit Hankewitz, Vorsitzende Sozialwerk Berlin e.V., Berlin

Dr. jur. Sebastian Kirsch, Richter am Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen

Michael Löher, Vorstand Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin

Dr. Vanita Matta, wissenschaftliche Mitarbeiterin, ISG Köln, Köln

Antje Niewisch-Lennartz, Niedersächsische Justizministerin, Hannover

Hans-Dieter Nolting, Geschäftsführer, IGES Institut GmbH, Berlin

Thekla Offermann, Fachbereich Soziales und Gesundheit, Betreuungsstelle, Stadt Braunschweig

Anette Schnellenbach, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin

Peter Stawenow, Leiter des Kompetenzzentrums offene Altenarbeit des Sozialwerks Berlin e.V., Berlin

Ali Türk, Geschäftsführer, Institut für transkulturelle Betreuung e. V., Hannover

LEITUNG

Anja Mlosch, wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein, Arbeitsfeld IV, Berlin

Kathrin Wessels, Referat Betreuungsrecht, Niedersächsisches Justizministerium, Hannover

INHALT

Der Fachtag Betreuungsrecht findet in Kooperation mit dem Justizministerium Niedersachsen statt und bietet unterschiedlichen Akteursgruppen Informationen zu aktuellen Themen des Betreuungsrechts und eine Plattform zum fachlichen, überregionalen, bundesweiten Austausch.



Einen Schwerpunkt bilden die für den Sommer 2017 angekündigten Ergebnisse der beiden durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Auftrag gegebenen Forschungsprojekte zur Qualität in der rechtlichen Betreuung und zur Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis im Hinblick auf vorgelagerte „andere Hilfen“ (unter besonderer Berücksichtigung des am 01.07.2014 in Kraft getretenen Gesetzes zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde). Vor ihrem jeweiligen beruflichen Hintergrund werden mit den Teilnehmenden auf der Grundlage dieser Ergebnisse Weiterentwicklungsbedarfe des Betreuungsrechts in struktureller Hinsicht und zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts hilfebedürftiger Erwachsener diskutiert.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die ehrenamtliche Betreuung sein, die unverzichtbarer Bestandteil des Betreuungswesens ist. Insbesondere steht zur Diskussion, wie dieses Ehrenamt von Seiten der im Betreuungsrecht tätigen unterschiedlichen Institutionen, Behörden und Gerichte bestmöglich unterstützt und gefördert werden kann.

ZIELE

Im Vordergrund steht die Fortentwicklung von Ideen und Konzepten zur Verbesserung der Situation betreuter Menschen und von Menschen mit Beeinträchtigungen. Im fachlichen Austausch werden Umsetzung und Ausgestaltung sowie die Potentiale zur Vermeidung rechtlicher Betreuung auf der Grundlage aktueller tatsächlicher und rechtlicher Verhältnisse herausgearbeitet.

ZIELGRUPPEN

Betreuungsrichter/innen, Mitarbeiter/innen von Betreuungsbehörden, sozialen Diensten, Rechtspfleger/innen, Mitarbeiter/innen von Betreuungsvereinen, ehrenamtliche und berufliche Betreuer/innen, Vertreter/innen von Ministerien.

Vorankündigung:

Das Justizministerium Niedersachsen lädt die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer am Vorabend, Freitag, 10.11.2017, zu einem „Get together“ ein. Ort und Uhrzeit werden Ihnen noch mitgeteilt. Bitte geben Sie bereits jetzt an, ob Sie beabsichtigen, daran teilzunehmen.

PROGRAMMVERLAUF

SAMSTAG – 11.11.2017

Uhrzeit

9.00

Begrüßungskaffee

9.30

Begrüßung und Eröffnung

Ingo Groß, Präsident des Amtsgerichts Braunschweig

Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Antje Niewisch-Lennartz, Niedersächsische Justizministerin



10.10	Qualität der rechtlichen Betreuung – Vorstellung der Ergebnisse des Forschungsvorhabens des BMJV Dr. Vanita Matta, ISG Köln
10:40	Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis im Hinblick auf vorgelagerte „andere Hilfen“ – Vorstellung der Ergebnisse des Forschungsvorhabens des BMJV Hans-Dieter Nolting, IGES Institut
11.10	Kommentare Anette Schnellenbach, Referat Betreuungsrecht, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Andrea Hanke, Dezernentin, Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat, Braunschweig
11.40	Diskussion
12.00	Mittagessen
13.00	Freiheitsentziehung durch Medikamente Dr. jur. Sebastian Kirsch, Richter am Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen
13.40	Diskussion
14.00	Arbeit in Gruppen mit einführenden Impulsbeiträgen: Arbeitsgruppe 1 Projekt: "SelbstBestimmt im Alter!" Ehrenamtliche Arbeit im Vorfeld rechtlicher Betreuung Margit Hankewitz, Vorsitzende des Sozialwerks Berlin e.V., Berlin Peter Stawenow, Leiter des Kompetenzzentrums offene Altenarbeit des Sozialwerks Berlin e.V., Berlin Arbeitsgruppe 2 Freiheitsentziehung durch Medikamente Dr. jur. Sebastian Kirsch, Richter am Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen Arbeitsgruppe 3 Unterstützung von Menschen mit Demenz bei der Wahrnehmung ihrer Rechte Christine Franke, stellv. Leiterin der Beratungsstelle für rechtliche Betreuung und Vorsorgevollmacht beim Fachamt für Hilfen nach dem Betreuungsgesetz, Hamburg



Arbeitsgruppe 4

Integriertes Vermittlungsmanagement -

Chancen für eine gezielte soziale Unterstützung und für die Vermeidung eines Grundrechtseingriffs

Thekla Offermann, Fachbereich Soziales und Gesundheit, Betreuungsstelle, Stadt Braunschweig

Arbeitsgruppe 5

Arbeitstitel: Ehrenamt und Migration in der rechtlichen Betreuung

Ali Türk, Geschäftsführer, Institut für transkulturelle Betreuung e. V. (ItB), Hannover

Katharina Becker-Obendorfer, Aussenstellenleiterin des ItB, Braunschweig

15.45

Kaffeepause

16.00

Podium:

Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen mit den jeweiligen Referenten

16.30

Ende der Veranstaltung

ANMELDUNG BITTE BIS

06.10.2017

VERANSTALTUNGSORT

Amtsgericht Braunschweig

An der Martinikirche 8

38100 Braunschweig

KONTAKT *(fachliche Fragen)*

Anja Mlosch, Assessorin. jur.

wiss. Referentin Deutscher Verein

Telefon: 030 62980-303

mlosch@deutscher-verein.de

KONTAKT *(organisatorische Fragen)*

Petra Prums

Telefon: 030 62980-419

prums@deutscher-verein.de



KOSTEN

VERANSTALTUNGSKOSTEN DEUTSCHER VEREIN

(inkl. Begrüßungskaffee, Mittagsimbiss, Kaffeepause, Seminargetränke und gesetzl. USt.)

Mitglieder

85,00 Euro

Nichtmitglieder

106,00 Euro

Anmeldung und Zahlung an den Deutschen Verein.

ÜBERNACHTUNGEN

Hotelbuchungen und Ticketbuchung Anreise mit der Deutschen Bahn unter:

https://www.lyyti.fi/reg/Fachtag_Betreuungsrecht_TEILNEHMER

Hotelbuchungen bitte schnellstmöglich.

ANMELDUNG

Bitte nutzen Sie die Onlineanmeldung auf unserer Webseite:

https://www.deutscher-verein.de/de/veranstaltungen/f_4458-17

Nach dem Anmeldeschluss erhalten Sie eine Teilnahmezusage durch den Deutschen Verein mit Rechnung oder eine Teilnahmeabsage.



ANLAGEN

Anmeldeformular

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

VERANSTALTER

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Michaelkirchstr. 17/18,

D-10179 Berlin-Mitte

Telefon +49(0) 30/62980-0

Telefax +49(0) 30/62980-150

E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

Internet: www.deutscher-verein.de

Niedersächsisches Justizministerium

Am Waterlooplatz 1,

D-30169 Hannover

Telefon +49(0) 511/120-5083

Telefax +49(0) 511/120-99 5083

E-Mail: poststelle@mj.niedersachsen.de

Internet: www.mj.niedersachsen.de